

Kann Politik abspecken?

Stefan Immerfall



Stefan Immerfall

Politik ist ein selbstreferentielles System, lernt man im 1. Semester Soziologie. Sie folgt ihren eigenen Spielregeln. Sie beansprucht gesellschaftliche Probleme zu lösen, muss sich aber in erster Linie mit sich selbst beschäftigen. Das hört sich kompliziert an, erklärt aber vieles. Zum Beispiel den Aktionsplan gegen Übergewicht und falsche Ernährung. Was war geschehen?

Die Woche zuvor hatte die Presse aufgeregt berichtet, die Deutschen seien die dicksten Europäer. Dass die Zahlen falsch berechnet wurden – die unterdurchschnittlich übergewichtige Altersgruppe der 18 bis 24-Jährigen wurde für die deutschen Zahlen nicht einbezogen – spielt in diesem Zusammenhang keine Rolle. Auch nicht, dass die Verfasserin der Studie, die International Association for the Study of Obesity (IASO) nicht ganz uneigennützig vor den Dicken warnt, wird sie doch von der pharmazeutischen Abnehmindustrie gesponsert. Wichtig ist, „ein ernst zu nehmendes gesellschaftliches Problem“ (Horst Seehofer) liegt vor.

Dann gibt es zwei Politiker, die endlich wieder in der Öffentlichkeit positiv auffallen wollen, Agrarminister Seehofer und Gesundheitsministerin Schmidt. Wir müssen mit einem Thema punkten, sagen sich unsere beiden Politiker, bei dem sich auch unsere Parteien einig sind, denn Koalitionskrach gab es in den letzten Wochen genug.

Nun muss dem erkannten Problem „entgegengewirkt werden“ (Seehofer). Flugs wird ein Plan präsentiert, gar ein „Aktionsplan“. Und zwar gleich bis 2020 - an solch lange Zeiträume haben sich nicht einmal die Herren Honecker und Breschnjew gewagt. Ein Name ist auch schnell gefunden: „Gesunde Ernährung und Bewegung“. Es ist nur ein Zufall, dass ausgerechnet die beiden „dicksten“ Minister im ganzen Kabinett (Minister Gabriel zählt hier nicht, der ist nach regierungsamtlichem Maßstab „fett“) die Zunahme des Übergewichts „stoppen“ wollen. So ist also das Tandem Horst Seehofer/Ulla Schmidt endlich wieder einträchtig in die Medien gekommen.

Und welche Folgen wird der Aktionismus sonst noch haben? Zunächst einmal gar keine. Es ist lange erwiesen, dass „Appelle an die Vernunft“ (Seeho-

fer“) für das tägliche Verhalten weitgehend folgenlos bleiben. Essverhalten wird kaum über den Kopf gesteuert. Wird eine Gesundheitspolizei eingerichtet, die Küchen und Kühlschränke nach strafbaren Kalorien durchsucht? Das wird das Bundesverfassungsgericht nicht erlauben. Werden Dicke künftig im Beruf nicht mehr befördert? Das geht nach dem Anti-Diskriminierungsrecht der EU nicht. Müssen Nahrungsmittel künftig strenger informieren? Da sei die die Lobby der Ernährungsindustrie vor. Stattdessen wird die Politik vermutlich eine neue Agentur schaffen, die den wackeren „Trimmy“ aus den siebziger Jahren mit Baggy-Pants und Irokesenhaarschnitt modernisiert. Es kann nicht schaden, sollten dabei ein paar Posten für verdiente Parteimitglieder abfallen. So geschehen bei der Deutschen Energie-Agentur GmbH, die seit Ende 2000 mit über 30 Millionen Euro öffentlicher Mittel so schöne Ideen unters Volk bringt, wie die, dass man auch mal den Stand-Bye-Schalter ausmachen könnte.

Mag die Luftblase „Aktionsplan Ernährung“ auch bald vergessen sein, so stellt sie doch ein weiteres Puzzlestück für die Übergriffe gerade auch des demokratischen Staates in das gesellschaftliche und private Leben dar. Das politische System strebt nach mehr, nicht nach weniger staatlicher Aktivität. Seine Ausdehnung sollte nicht mit der Lösung sozialer Probleme verwechselt werden.

Beispiel Unternehmensbeteiligung. Unbestritten sollte sein, dass das Produktivvermögen breiter verteilt werden muss. Doch SPD und CDU streiten sich nicht darum, wie dieses Ziel möglichst zwanglos erreicht werden könnte, sondern nur um die Art staatlicher Einmischung. Die SPD fordert eine indirekte Unternehmensbeteiligung („Deutschlandfond“), was einem riesigen Staatsfond gleichkäme. Die Union spricht sich für eine direkte Beteiligung an den Unternehmen aus, die großzügig sozialabgabenfrei gestellt werden soll, ohne zu sagen, dass dies von Dritten finanziert werden muss. Politiker wollen sagen, wir tun was für euch, und deshalb dürfen wir uns auch in euer Leben einmischen.

Beispiel Integrations- und Islamgipfel. Auch hier ist zu begrüßen, dass die Tatsache der Einwanderungsgesellschaft nicht länger verleugnet wird. Doch es ist nicht ungefährlich, wenn der Staat „die Integration“ nun in die Hand nehmen will. Ein einseitiger Fokus auf staatliche Maßnahmen verdrängt private Anstrengungen, weil er sie als überflüssig erscheinen lässt. So wurden denn auch Nicht-Regierungs-Organisationen mit langjähriger Erfahrung in der Integrationsarbeit zum Integrationsgipfel gar nicht erst eingeladen. Integration entscheidet sich aber zuallererst vor Ort, d.h. in den Städten, Gemeinden und Nachbarschaften.

Zurück zum „Aktionsplan Ernährung“: Sind Bewegungsarmut und Übergewicht unwichtige Themen nur weil sich die Politik ihrer annimmt? Natürlich nicht, doch das Ernährungs- und Bewegungsverhalten der Bürger ist nicht Sache des Staates. Sondern der Gesellschaft. Das sind Schulen, die sich gegen die andauernde Beschneidung des Sportunterrichts wehren. Solche Schulen betreiben einen modernen Sportunterricht, der nichts mehr mit dem miefigen Kasernenhofdrill von einst zu tun hat, sondern zum körperlichen und psychischen Wohlfinden aller Schüler beiträgt und sie damit nachweisbar fitter für andere Unterrichtsfächer macht. Das sind Kindergärten, die mit erprobten

Lernprogrammen ihre Schützlinge spielerisch auf den Geschmack gesunder Ernährung bringen. Sportvereine sind gefragt, die den Übergang von der trendigen Erstsportart zu einem bewegungsorientierten Lebensstil schaffen und so ihre Mitglieder jahrzehntelang bei der sportlichen Stange halten. Wichtiger als Regierungskampagnen sind Firmen, die wissen, dass ihre Belegschaft künftig älter sein wird und daher die Arbeitsfähigkeit ihrer Mitarbeiter vorausschauend erhalten wollen. Wir brauchen Hochschulen, die den wachsenden Bedarf nach professioneller Gesundheitsförderung praxisnah befriedigen. Das Beste aber, was Politik tun könnte, wäre selbst abzuspecken. Dazu ist ein Aktionsplan aber nicht in Sicht.